IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRAL-INFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

Redaktion und Verlag:
OSCAR GRÜN
ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



Offices in America:
NEW-YORK, 119 Nassau St.
PITTSBURGH, Pa. 903 Bluff St.
CHICAGO, ILL. 805 S. Marsfield

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 148 | 17. Juni 1921 | י"א סיון תרפ"א | Einzelnummer 40 Cts.

Neuerliche Unruhen in Jaffa.

Kairo, 15. Juni. (Havas.) Zufolge der Nachricht über die bevorstehende Ankunft eines Schiffes mit 500 jüdischen Einwanderern sind die Muselmanen und Christen in Jaffa sehr erregt. Jnfolge eines Unfalls, bei dem ein Jude getötet wurde, entspann sich ein Zwischenfall, wobei drei Juden getötet und acht Juden und ein Muselman verwundet wurden.

Die Erklärungen Churchills im englischen Unterhause.

Minister Churchill hat am 14. Juni anlässlich der Einbringung eines Kreditbegehrens von 27,197,000 Pfund zur Deckung der mit der Verwaltung von Mesopotamien und Palästina notwendigen Ausgaben im kommenden Jahre die so lange erwarteten und bereits für den 2. Juni angekündigten Erklärungen über die Orientfragen abgegeben. Laut dem vorliegenden Havastelegramm führte er u. a. aus: Grossbritannien hat die Wiederherstellung einer arabischen Nation und die Wiederaufrichtung der Heimat der Juden in Palästina versprochen. Es hat das Mandat über Palästina und Mesopotamien übernommen und muss sich nun seiner Verpflichtungen entledigen. Wesentlich hierfür ist die Herabsetzung der militärischen Bestände im Nahen Osten und die Einschränkung der Ausgaben auf vernünftige Grenzen. Nach den Mesopotamien betreffenden Ausführungen führte Churchill weiter aus: Zur Einlösung des den Zionisten gegebenen Versprechens werden wir in Palästina 5000 Mann belassen; möglicherweise könnte es notwendig sein, diesen Bestand etwas erhöhen zu müssen. Die Mehrheit der Bevölkerung Palästinas ist muselmanisch, und diese Mehrheit könnte ihre Macht benützen, den Juden die Einreise in Palästina zu verwehren, denen Grossbritannien versprochen hat, in Palästina eine Heimat zu schaffen. Die Araber befürchten, dass ihre Einrichtungen und ihre Häfen bald in den Händen der Juden sein werden. Die Engländer müssen deshalb versuchen, ihren Versprechungen gemäss auf die Araber und Juden versöhnend einzuwirken und sie sind verpflichtet, Truppen zu halten, damit durch diese die Ansprüche beider Parteien gesichert werden können. Churchill berührte sodann die transjordanische Frage und meinte u. a., es würde sowohl den Engländern wie den Franzosen ausserordentlich schaden, wenn die beiden Länder im mittleren Orient in ihrem Handeln nicht einig wären und wenn man den Eindruck gewinnen könnte, eines der beiden Länder stehe den arabischen Aspirationen gleichgültig gegenüber und das andere sei den Türken feindlich gesinnt. Wenn wir im mittleren Orient unsere Stellungen aufrecht erhalten und uns unserer Verpflichtungen entledigen wollen, so müssen Franzosen und Engländer gegen die Araber und Türken eine Politik der Freundschaft verfolgen. Das Unterhaus muss der Regierung zustimmen und sie im bereits energisch begonnenen Werk für die Versöhnung der in Betracht kommenden Völker und für die Verminderung unserer Ausgaben unterstützen. (Lebhafter Beifall.) Nach Churchill verlangten mehrere Redner die Räumung Mesopotamiens, andere dagegen die Erhöhung der Bestände im Zweistromland vorzunehmen. Die Debatte wurde vertagt. — Wie aus dem Schlusspassus dieses Telegramms ersichtlich, scheint sich die Kritik im Unterhause gegen die englische Mandatspolitik bloss auf Mesopotamien zu beschränken und die Bestimmungen bez. Palästinas keinem grösseren Widerspruch zu begegnen.

Der Papst gegen das jüd. Nationalheim.

Rom, 14. Juni. (Stefani.) Der Papst hat ein geheimes Konsistorium abgehalten, auf dem er daran erinnerte, dass er schon einmal Gelegenheit gehabt habe, seiner Beunruhigung über die Vorgänge in Palästina Ausdruck zu geben. Weit davon entfernt sich zu verringern, haben seine Besorgnisse infolge der Tätigkeit israelitischer Elemente im heiligen Lande noch zugenommen, die aus dem durch den Krieg hervorgerufenen Unglück Nutzen ziehen. Der Papst beklagt die privilegierte und vorherrschende Stellung der Juden an einem Orte, an den sich die erhabensten Erinnerungen des Glaubens knüpfen. Er fordert die christlichen Regierungen und Völker auf, beim Völkerbund Schritte zu unternehmen, damit die Satzungen des englischen Mandates bezügl. Palästinas geprüft werden.

Ing. Temkin über die Fürsorge für die ukrainischen Flüchtlinge in Bessarabien.

(Interview der „J.P.Z.")

Ing. Wladimir Temkin, Mitglied der Exekutive der jüd. Welthilfskonferenz, der in ihrem Auftrage 4 Monate in Bessarabien geweilt hat, um die Fürsorge für die ukrainischen Flüchtlinge zu organisieren, hatte nach seiner Rückkehr die Liebenswürdigkeit, dem auf der Rückkehr von Amerika kurze Zeit in Paris weilenden Herausgeber der „Jüd. Presszentrale Zürich" folgende Mitteilungen über die Ergebnisse seiner Arbeit zu machen:

Meine Aufgabe bestand darin, einerseits die tatsächliche Lage der Flüchtlinge in Bessarabien festzustellen, anderseits die Organisationsformen der Hilfsarbeit auf eine bessere, neue Grundlage zu stellen und, da eine rasche Emigration unmöglich ist, einen Ausweg aus der Situation zu schaffen und für jene, die länger in Bessarabien bleiben können, Arbeitsmöglichkeit zu finden. Die Arbeit der Hilfskomitees wurde reorganisiert. Um dies durchzuführen und das Vertrauen in die Hilfskomitees zu stärken, war es nötig, die Emigranten in eigene Selbsthilfskomitees zu organisieren. Ich veranlasste die Gründung einer Anzahl lokaler Hilfsorganisationen der Flüchtlinge selbst, wodurch die tatsächlichen Bedürfnisse jeder dieser Gruppen festgestellt werden konnten, die einzelnen

Elemente untereinander in nähere Berührung kamen, ihre Arbeitsfähigkeit und der tatsächliche Bedarf jeder einzelnen Familie erkannt wurde. An die Spitze dieser Komitees traten ruhige, sachkundige, jeder Demagogie fremde Flüchtlinge. All diese lokalen Komitees sind in einem Zentralkomitee vereinigt, dass eine Zentralverwaltung aller Flüchtlinge in Bessarabien gewählt hat. Diese Zentrale hatte die Möglichkeiten der Emigration oder der Arbeit jedes einzelnen Flüchtlings klarzulegen und so wurde die wahre Lage der Flüchtlinge für die grossen Hilfskomitees geklärt, sowohl was die Not als auch die Qualität und Wünsche der Flüchtlinge anbelangt. Bei all diesen Arbeiten wurde der Veränderung der Psychologie der Flüchtlinge besondere Beachtung geschenkt. Jeder Flüchtling, der nach Bessarabien kam, war überzeugt, dass er binnen wenigen Tagen nach Amerika fahren könne; die tatsächlichen, politischen und ökonomischen Verhältnisse waren ihm unbekannt. Er wusste nicht, dass die Länder ihre Tore für die Einwanderung geschlossen haben. Die Aenderung dieser psychischen Voraussetzungen bot die grössten Schwierigkeiten, da es schwer war, den Immigranten zu überzeugen, dass er längere Zeit in Bessarabien bleiben müsse. Langsam ist aber dies Werk gelungen.

Es war klar, dass die Ernährung von 30,000 Flüchtlingen in Bessarabien ein kaum lösbares Problem darstellt. Die Komitees mussten deshalb darangehen, neue Wege zu suchen, um den Flüchtlingen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und die gesündesten Elemente unter den Emigranten kamen zu der notwendigen Erkenntnis, ihr Leben durch Anpassung an Arbeit zu erleichtern. Das Zentralkomitee hat eine Abteilung der Arbeitsfürsorge (Hilf durch Arbeit) organisiert, zu der die besten Kräfte Kischineffs herangezogen wurden. Für die einzelnen Handwerker wurden Instruktoren angestellt, Arbeitsnachweise geschaffen und in der Folgezeit gelang es, das Interesse dafür zu wecken. In der ersten Woche gab es nur 27 Arbeitssuchende und 30 Arbeitgeber, in der 8. Woche schon 300 Arbeitssuchende für landwirtschaftliche Arbeiten, die alle angestellt werden konnten und ausserdem 1050 Suchende für andere Arbeiten, die bei Eisenbahnarbeiten, in Fabriken, Tabakpflanzungen und Bäkkereien Anstellung fanden, wobei zu bemerken ist, dass 223 qualifizierte Arbeiter verlangt wurden, unter den Flüchtlingen aber sich nur 107 solcher fanden. (Betrüblich ist festzustellen, dass diejenigen, die von ihren Verwandten in Amerika Dollars erhalten hatten, sich weigerten zu arbeiten und natürlich auch auf die anderen demoralisierend wirkten.) Für die Frauen wurden Nähmaschinen gekauft und Werkstätten eingerichtet, wo Wäsche und auch Kleider angefertigt wurden; es ist zu bemerken, dass die Arbeit durch das Damenkomitee gut bezahlt wurde, sodass die Frauen durch den erzielten Erlös ihre Familien erhalten konnten. Im übrigen aber konnte man leider feststellen, dass die Flüchtlinge sowohl in bezug auf Entlöhnung als auf Arbeitszeit vielfach ausgebeutet wurden. Eine grosse Anzahl Flüchtlinge, die vorher Kleinhändler gewesen waren, haben sich selbst aus ihrem gesunden Instinkte heraus in Kooperativ-Genossenschaften produktiver Arbeit organisiert, wobei sie sich nach dem Landsmannschaftsprinzip zusammenschlossen. Diese Kooperativ-Genossenschaften beschäftigten sich meist mit landwirtschaftlichen Arbeiten und es beteiligten sich an ihnen ungefähr 1000 Personen. Diese Arbeit wurde zugleich als eine Vorbereitung für Palästina angesehen.

Besondere Wichtigkeit erlangte der Rechtsschutz. Die Flüchtlinge kamen oft ohne jedwede Dokumente und waren in Gefahr, in Internierungslager gesteckt zu werden. Das Rechtsschutzbüro setzte sich mit den Behörden in Verbindung, verschaffte den Flüchtlingen Dokumente, Pässe und Visa und stellte Wohlverhaltungszeugnisse aus. Man muss dabei feststellen, dass die rumänische Regierung alle diese Arbeiten in ausserordentlich humaner und entgegenkommender Weise unterstützt hat. Der Kriegsminister hatte angeordnet, dass die lokalen Grenzbehörden sich den Flüchtlingen gegenüber besonders wohlwollend verhalten und ihnen keine unnötigen Unzukömmlichkeiten bereiten sollen. Die verschiedenen Präfekten in den einzelnen Städten haben sich ebenso entgegenkommend gezeigt. — Neben diesen Abteilungen ist auch eine statistische Abteilung unter der Leitung eines bewährten Fachmanns, eines Flüchtlings, gegründet worden. Alle diese Massnahmen sollen dazu beitragen, die Flüchtlingsfürsorge in Bessarabien auf eine gesunde, rationelle Basis zu stellen. Da voraussichtlich in kurzer Zeit weitere grössere Flüchtlingsmassen nach Bessarabien kommen werden, ist es notwendig, dass diesem Problem vollste Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Ein Gespräch mit Dr. Ruppin.

Dr. Ruppin ist auf seiner Reise zur Tagung des Grossen A. C. in Prag, die am 22. Juni hätte stattfinden sollen und auf den 10. Juli verschoben wurde, auf der „Vienna“ am 5. Juni in Triest eingetroffen, wo er dem R.-Korrespondenten der „Jüd. Presszentrale Zürich“ einige Mitteilungen über die Lage in Palästina machte. Bez. des erlassenen temporären Einwanderungsverbotes erklärte Ruppin, dass der Oberkommissär zwecks Beruhigung der arabischen Notabeln diesen das Versprechen gemacht hätte, vorläufig keine Juden ins Land hineinzulassen. Wenn wir dies auch nicht billigen können, so ist doch damit als einem fait accompli zu rechnen und es bleibt uns nichts anderes übrig, als bessere Zeiten abzuwarten. Die Einwanderung nach Palästina kann zu unserem Bedauern nicht in einem so schnellen Tempo vor sich gehen, wie wir dies gewünscht hatten, da das Land leider sich noch in einem primitiven Zustand befindet und wir in der jetzigen Situation nicht die Möglichkeit haben, alle Personen, die dorthin fahren wollen, zu beschäftigen. Wenn die Chaluzim von Triest u. Wien, denen die Einwanderung in erster Linie gestattet werden wird, sich in Palästina eingelebt und genügend Beschäftigung gefunden haben werden, werden wir mit weiteren Chaluzimtransporten beginnen können. Die Schuld ist an uns, meinte Ruppin, da wir unmittelbar nach dem Beschluss von San Remo den günstigsten Moment nicht ausgenützt haben; aber dazu war viel Geld nötig, an dessen Mangel die Zion. Org. seit jeher zu leiden hatte. Dieser Mangel an genügenden Mitteln behindert stets unsere besten Pläne. Wir sind daher berechtigt, dem Indifferentismus des jüd. Volkes einen Grossteil der Schuld an all' unseren Miseren beizumessen. Was die Stimmung im Lande nach den traurigen Vorfällen anbelangt, meinte Ruppin, dass diese in Anbetracht der Ereignisse recht zufriedenstellend sei. Die Kolonisten beginnen die Notwendigkeit der jüd. Arbeit in den Kolonien jetzt zu begreifen, mögen auch die jüd. Arbeiter einen grösseren Lohn beanspruchen. Die letzten Geschehnisse haben ihnen gezeigt, dass man, um nicht mehr einem Boykott seitens der arabischen Grundbesitzer ausgesetzt zu sein, eine rationelle Landwirtschaft betreiben müsse und nicht als Städter, die von den Bauern Gemüse und Geflügel beziehen, figurieren könne. Diese Lage war unbedingt anormal und es musste ihr ein Ende bereitet werden. Die traurigen Ereignisse dürften unseren Kolonisten die Augen für diese Wirklichkeit geöffnet haben. Diese Lehre kommt uns recht teuer zu stehen, aber ein bodenloses Volk kann nicht auf einmal zu einem normalen Leben gelangen.

Dr. Ruppin, der mit seiner Gemahlin reist, hat sich am 6. Juni nach Wien begeben.

Die amerikanischen Zionisten für Weizmann.

Von der am 6. ds. in Cleveland eröffneten zion. Jahreskonvention liegen bisher noch keine brieflichen Berichte vor. Die eingelaufenen Telegramme wissen von einem überwältigenden Siege der Weizmannschen Richtung zu berichten. So wurde mit 153 gegen 71 Stimmen, also mit mehr als Zweidrittel Majorität, das Vertrauensvotum für die bisherige Exekutive mit Mack an der Spitze abgelehnt, woraufhin die sich mit Mack identifizierenden Mitglieder der Exekutive u. a. Brandeis, Stephen Wise und de Haas zurücktraten.

Auf der Schlussitzung der Jahreskonvention wurde in einer Resolution die bedingungslose Unterstützung des Keren Hajessod zugesagt. Weizmann gab der Hoffnung Ausdruck, dass alle amerikanischen Zionisten, auch die bisherigen Gegner des Keren Hajessod, jetzt diesen unterstützen werden, da sie sonst die zion. Reihen verlassen müssten. Die Konferenz drückte ihr Bedauern aus über den Rücktritt von Brandeis und Mack. Wie verlautet, sollen die in die Minorität geratenen Mitglieder sich im Rahmen der Organisation zu einer besonderen Fraktion zusammenschliessen, um praktische Palästinaarbeit zu leisten, ohne an der Keren Hejessod-Aktion Anteil zu nehmen. Auf einem zu diesem Zwecke einberufenen Meeting soll Brandeis seinen Arbeitsplan vorlegen. Der neuen Exekutive gehören an: Schweitzer, Lipsky, Ab. Goldberg, Rosenblatt, Conheim und Robinson. Schweitzer ist Kassierer und Lipsky Sekretär. Von der Wahl eines Präsidiums wurde vorläufig Abstand genommen. In das Grosse A. C. wurde delegiert: Morris Rottenberg, Rosenblatt, Schulman, Schweitzer und Robinson.

Reuter veröffentlicht ein Telegramm aus Cleveland, wonach Mack und seine Anhänger Pläne für konstruktive Arbeit in Palästina in Betracht ziehen, unabhängig von der Keren Hajessod-Aktion. Ein Komitee wurde ernannt, um mit Brandeis zusammenzutreffen, wo das Programm formuliert und einem Komitee von 130 Mitgliedern der amerikanischen Organisation unterbreitet werden soll. Samuel Untermyer hat die Präsidentschaft des Keren Hajessod in Amerika akzeptiert. Die Zion. Org. in London, wie auch das Keren Hajessod-Direktorium haben bisher keine Bestätigung dieser Meldung erhalten. Es liegt nur ein Telegramm von Naiditsch vom 9. ds. vor, das lautet: Alle Einigungsvorschläge vergeblich; trotz Resignation der Mackgruppe haben wir volles Vertrauen in den Erfolg des Fonds.

Chronik.

Russland.

— Der Leiter des europäischen Büros, des New Yorker „Forward", Schiffrin, erhielt ein vom Leiter des jüd. Kommissariates, Mereschin, gezeichnetes Radiotelegramm aus Moskau folgenden Inhaltes: Am 24. April begannen Judenpogrome im Gouv. Homel; der erste Pogrom fand in Krasnopol statt. Die Pogrome, die grossen Umfang annahmen, wurden von antibolschewistischen Banden unter Führung von Gologa inszeniert. Pogrome fanden statt in Homel, Podobryn, Riepka und in den Dörfern Mikulitsch, Kabylew, Nowo-Borsuk. Das revolutionäre militärische Komitee organisierte zusammen mit den lokalen Truppenteilen eine energische Aktion und es gelang, die Banden zu vernichten und die Pogromgefahr zu beseitigen. Die grösste Zahl der Opfer gibt es in Riepka. Wie nachträglich gemeldet wird, fand auch in Dowrowlozna ein Pogrom statt.

— Laut dem in Minsk erscheinenden „Wecker" wurde nach einem gegen die Poale Zion durchgeführten Prozess in Smolensk festgestellt, dass die Poale Zion als konterrevolutionäre Partei zu betrachten sind, weshalb deren Tätigkeit verboten wird.

Ukraine.

— Der „Hajnt" veröffentlicht die Kopie einer Geheimverordnung der Bolschewisten in der Ukraine, mit der Aufforderung an alle jüd. Abteilungen, strengere Bewachung der Grenzgebiete anzuordnen, da zahlreiche Juden zu emigrieren versuchen, was unstatthaft ist. Alle Personen, die in der Richtung der Grenzstädte reisen, sollen, soweit als möglich, überwacht werden.

— In Reval ist vom Delegierten des ukrainischen Verbandes in Kanada, Belkin, der jetzt in der Ukraine weilt, ein Telegramm eingetroffen, wonach dank den Bemühungen der Poale Zion, die Sovietregierung in der Ukraine 12,000 Flüchtlingen neben Raschkow die Erlaubnis der Auswanderung erteilt habe und dass es sich jetzt darum handle, bei der rumänischen Regierung die Einreiseerlaubnis zu erwirken. Belkin forderte in einem Kabeltelegramm den jüd. Kongress und die „Hajas" in Amerika auf, Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.

Polen.

— In der dem amerikanischen Gesandten in Warschau, Gibson, vom polnischen Aussenministerium überreichten Note (s. „J.P.Z." Nr. 147), worin die Lage der jüd. Flüchtlinge aus der Ukraine und Russland, die infolge der in Amerika angenommenen Einwanderungsbill sich in einer verzweifelten und hoffnungslosen Lage befinden, dargelegt wird, verweist die polnische Regierung darauf, dass sie, da die Bill die Beifügung der Staatsangehörigkeit des Emigranten auf jedem Auslandspasse anordnet, nicht in der Lage ist, den ukrainischen Juden, die infolge der Pogrome und Verfolgungen in der Ukraine aus ihrer Heimat geflüchtet sind, Pässe auszufolgen, da es sich hierbei um russische Staatsangehörige handelt. Die Zahl der in Polen sich befindlichen jüd. Flüchtlinge erreicht einige tausend, die fast alle nahe Verwandte in den Vereinigten Staaten haben. Die amerikanische Regierung sollte aber gewisse Erleichterungen für diese Kategorie von Emigranten bewilligen, da andernfalls die poln. Regierung gezwungen wäre, aus Approvisionierungsgründen, wie auch mit Rücksicht auf den Wohnungsmangel, der sich in Polen empfindlich bemerkbar mache, diese Flüchtlinge in ihre Heimat abzuschieben und sie so den Pogromen und Verfolgungen auszuliefern. Die poln. Regierung wende sich deshalb vermittelst der amerikanischen Gesandtschaft in Warschau an die Regierung der Vereinigten Staaten mit folgendem Ansuchen: 1) Der poln. Regierung möge die Möglichkeit geboten werden, dieser Kategorie Emigranten Auslandspässe auszufolgen, die der amerikanische Konsul bei Erteilung der Visa anerkennen würde; 2) den Emigranten aus Russland und der Ukraine, die sich bereits in Polen befinden, möge das amerikanische Visum über die drei Prozentnorm hinaus erteilt werden. Die poln. Regierung appelliert in Anbetracht dessen an das Gewissen und an das Toleranzgefühl der Vereinigten Staaten, dieser verzweifelten Lage der Emigranten Rechnung zu tragen. Der Gesandte Gibson verwies in seiner Antwort darauf, dass diese Frage schon mehrmals von den massgebenden amerikanischen Faktoren in Betracht gezogen worden sei. Er versprach, die Note der poln. Regierung sofort seiner Regierung zu übermitteln und drückte gleichzeitig die Zuversicht aus, dass sie volles Verständnis bei der Washingtoner Regierung finden werde.

— Wie der „Moment" meldet, hat das Immigrationsamt in Washington die Konsuln beauftragt, dass diese wegen der durch die neue Einwanderungsbill geschaffenen Erschwerungen, Eltern, Frauen und Kindern amerikanischer Bürger alle nur möglichen Erleichterungen gewähren sollen. Erwähnten Kategorien solle man das Visum auf jedes Passdokument, stamme

es von der russischen oder auch der ehemaligen Kerenskischen Regierung, erteilen. Die Schwierigkeiten betreffen also nur die weiteren Verwandten, wie Brüder, Schwestern, Cousins usw.

— Mit Beginn des ersten Juli wird die polnische Grenze für ukrainische Flüchtlinge und Emigranten geschlossen. Dagegen werden 14 Grenzstellen für den Durchlass der polnischen Bürger, die aus Russland und der Ukraine heimkehren, eröffnet. — In Verbindung damit hat das Innenministerium angeordnet, dass alle neuangekommenen Flüchtlinge und Emigranten sich vom 23.—30. Juni registrieren müssen.

— Wie verlautet, soll der argentinische Konsul in Warschau die Mitteilung gemacht haben, dass mit Rücksicht auf die schwere Lage der ukrainischen Flüchtlinge in Polen, die argentinische Regierung diesen eine Massenimmigration gestattet habe.

— Dem „East Express" wird aus Posen gemeldet, dass in Ostrowo Exzesse gegen Deutsche und Juden stattgefunden hätten. Weitere Nachrichten besagen, dass Arbeiter der Waggonfabrik in Ostrowo in einer Resolution die Ausweisung aller Juden und Deutschen innerhalb 24 Stunden und die Uebergabe ihrer Wohnungen an die polnischen Arbeiter verlangt hätten. Am 2. Juni überfielen und beraubten sodann einige hundert Arbeiter die jüd. und deutschen Läden und Institutionen. Es wurden viele Personen verwundet und grosser Schaden angerichtet. Die jüd. Bevölkerung ist in grosser Angst, da gerüchtsweise die Unruhen sich wiederholen sollen.

— In Anwesenheit eines grösseren Publikums und von Vertretern fast aller jüd. Org. fand am 3. Juni in den Sälen der jüd. Gemeinde die Eröffnung der ersten grossen jüd. Kunstausstellung in Warschau statt. In der Ausstellung ist ein Grossteil der bedeutendsten jüd. Künstler mit ihren besten Arbeiten vertreten.

— Der bekannte jüd. Verleger in Warschau, Jakob Lidski, ist während eines vorübergehenden Aufenthaltes in Wilna dort im 52. Lebensjahre gestorben. Seine Leiche wurde zur Bestattung nach Warschau überführt, wo Lidski in den letzten Jahren ein eigenes Unternehmen, den grossen Verlag „Jiddisch" gegründet hat, der jetzt von seiner Tochter weitergeführt werden soll. In seinem Testament hat Lidski eine Million Mark für Wohltätigkeitszwecke bestimmt, darunter auch je 50,000 Mark für den jüd. Literatenfonds und den Nationalfonds. Die Matrizen aller in seinem Verlage erschienenen Werke sollen den betreffenden Schriftstellern ausgefolgt werden.

— Am 7. Juni feierte der bekannte jüd. Publizist, Hillel Zeitlin, der sich besonders mit Fragen der Philosophie und des Chassidismus befasst, seinen 50. Geburtstag und zugleich den 25. Jahrestag des Erscheinens seiner ersten grösseren literarischen Arbeit.

Oesterreich.

— Der Rabbinerverband in Wien hat in seiner Tagung vom 6. ds. einstimmig folgenden Beschluss gefasst: „In Uebereinstimmung mit einer in gleichem Sinne gehaltenen Veröffentlichung des deutschen Rabbinerverbandes erklärt der Rabbinerverband in Wien es für eine unerlässliche Aufgabe des gesamten Judentums, an dem Aufbau einer jüd. Heimstätte in Palästina tatkräftig mitzuwirken."

— Am 8. Juni fand in Baden bei Wien die feierliche Eröffnung des von der Agudas Jisroel errichteten Kriegswaisenhauses für die Waisen der Kriegsopfer aus Galizien und der Ukraine, das für 50 Knaben eingerichtet ist, statt.

— Richard Beer-Hofmann wurde für seine Dichtung „Jaakobs Traum" mit dem alle 3 Jahre zur Verteilung gelangenden Raimundpreis ausgezeichnet.

Deutschland.

— Das Arbeiterfürsorgeamt der jüd. Organisationen Deutschlands teilt der „J.P.Z." mit: Wie wir aus dem Innenministerium hören, wird die Untersuchung wegen der Vorfälle im Internierungslager Stargard mit dem wünschenswerten und erforderlichen Nachdruck geführt. Ein abschliessender Bericht liegt zur Zeit noch nicht vor, ist aber in den nächsten Tagen zu erwarten. Es werden noch alle Massnahmen getroffen, die auf Grund des Berichtes des Arbeiterfürsorgeamtes festgestellten Schäden abzustellen und die Schuldigen der Bestrafung zuzuführen.

Es wäre zu wünschen, dass der Forderung der gesamten deutschen Judenheit, die Internierung wenigstens für diejenigen, die nur wegen vorausgegangener Arbeitslosigkeit interniert oder ausgewiesen worden sind, aufzuheben, nunmehr von der deutschen Regierung nachgekommen wird.

— R. - Wegen der Vorfälle im Internierungslager in Stargard, über die bereits berichtet wurde, hat das preussische Ministerium des Innern eine strenge Untersuchung geführt. Eine Anzahl von Wachleuten, denen schwere Misshandlungen der Ostjuden nachgewiesen wurden, sind aus dem Dienst entlassen worden und sollen der Bestrafung zugeführt werden. Es hat sich bei der Untersuchung u. a. ergeben, dass ein Wachmann die Ostjuden mit dem Gewehrkolben so geschlagen hat, dass das Gewehr entzweigesprungen ist. Die Untersuchung ist in vielen Punkten noch nicht abgeschlossen, es muss jedoch anerkannt werden, dass sie mit der nötigen Energie geführt wird. Es sollen auch Vorkehrungen getroffen werden, um ähnliche Geschehnisse in Zukunft zu verhüten, insbesondere sollen alle Wachleute einen Revers unterschreiben, worin sie sich verpflichten, Misshandlungen zu unterlassen. Die jüd. öffentliche Meinung, die auch in der Presse zum Ausdruck kommt, ist jedoch von derartigen Massnahmen unbefriedigt und fordert kategorisch die Abschaffung der Internierungslager, die eine unberechtigte Grausamkeit gegen völlig unschuldige Menschen darstellen.

Berlin. - R. - In einer gemeinsamen Sitzung aller grossen deutschjüdischen Organisationen, an der die prominentesten Persönlichkeiten des Berliner Judentums teilnahmen, hielt Dr. Paul Nathan ein Referat über den Stand der Hilfstätigkeit für die ostjüd. Flüchtlinge und insbesondere über die Aufgaben des Arbeiterfürsorgeamtes der jüd. Organisationen Deutschlands. Anschliessend berichteten die Sekretäre Dr. Senator und Alfred Berger über die Tätigkeit des Amtes. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die zum Ausdruck bringt, dass das Hilfswerk unbedingt fortgesetzt werden muss und dass mit Rücksicht auf die Einschränkung der Joint-Subventionen an die jüd. Gemeinden die Aufforderung ergeht, das Hilfswerk zu organisieren und insbesondere für die Finanzierung des Arbeiterfürsorgeamtes Sorge zu tragen.

— Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht einen Leitartikel des Vizepräsidenten der Münchner Handelskammer Siegmund Fränkel, der die antisemitische Verhetzung und Verwilderung in München schildert. Darin wird als eine Episode, die die pädagogischen Erfolge der mit Bibelzitaten versehenen aufreizenden Pogromplakate charakterisiert, erzählt, dass während einer Predigt in der Heiligen-Geist Kirche ein Zuhörer den lauten Zwischenruf gemacht hat: Jesus kann uns doch nicht helfen, er war ja selbst ein Jud! Es entstand in der Kirche ein Skandal und der Rufer musste gewaltsam entfernt werden. Allgemein wird festgestellt, dass die pöbelhaften antisemitischen Plakate, die ganz München erfüllen, auf die durchreisenden Fremden einen äusserst befremdenden und üblen Eindruck machen.

Italien.

Triest, 11. Juni. - R. - Auf Grund einer Rücksprache mit dem Generaldirektor des Lloyd Triestino, Uceli, hat dieser in Aussicht gestellt, alle Chaluzim, die auf den Dampfern des Lloyd aus irgend einem Hafen Aegyptens oder aus Jaffa infolge des Landungsverbotes wieder zurückgeschickt worden sind, nach Aufhebung erwähnten Verbotes auf Kosten des Lloyd wieder nach Palästina zu befördern. Es betrifft dies gegen 80 in Triest harrende Chaluzim.

Der Generaldirektor der Maawirim, Brings, ist zusammen mit Dr. Tartakower, Dr. Blauer, Sekretär des Wiener Palästinaamtes und Frau Dr. Sofer in Triest angekommen. Sie bestätigen die Nachricht von der Wiederaufnahme der teilweisen Einwanderung nach Palästina. Da der Lloyd offiziell noch keine Verständigung erhalten hat, wandte sich Brings diesbez. nach Jerusalem. — Am 12. Juni reisen mit dem Lastschiff „Galizia" 20 Palästinafahrer ab, die, da sie das französische Visum besitzen, in Beirut landen können. Es wird erwartet, dass auch die „Carniolia" in einigen Tagen in See wird stechen können.

Triest, 13. Juni. - S. - Mit der heutigen „Helouan“ sind mehrere palästinensische Persönlichkeiten hier eingetroffen, so u. a. Ing. Ruthenberg mit seinem Sekretär Baharow, die nach London weiterreisen, Mordechaj Ben Hilel Hakohen, einer der ältesten hebräischen Schriftsteller, Direktor Levontin von der Anglo Palestine Comp., W. Gluskin, Direktor des „Carmel Oriental“ usw. — Mit demselben Dampfer sind auch zwei Beamte der Immigrationsabteilung der englischen Verwaltung in Palästina, Morris und Mindel, hier eingetroffen. Ersterer reist nach Konstantinopel weiter, während letzterer hier bleibt. Beider Aufgabe ist es, die Auswanderung nach Palästina nach bestimmten Kriterien zu regeln. Es wäre zu wünschen, dass sie auch das Auswanderermaterial einer Sichtung unterziehen und jene Elemente, welche sich mit Rücksicht auf ihre Körperbeschaffenheit oder etwaige physische Gebrechen für das Land nicht eignen, bezw. das tropische Klima und die Strapazen einer schweren Arbeit nicht ertragen können, von der Einwanderung ausschliessen. Dadurch würde das Land, aber auch die betreffenden Personen selbst vor grossem Schaden bewahrt werden.

Frankreich.

Die Frage der nationalen Minoritätsrechte in der französischen Kammer.

Der Pariser J.-Korrespondent der „J.P.Z.“ berichtet unterm 8. Juni: In der gestrigen Sitzung hat die franz. Kammer nach einer längeren Diskussion, in der die Abgeordneten Wetterlé, Moutet und Marc Sanguier sich für die nationalen Minoritätsrechte ausgesprochen haben, mit 400 gegen 75 Stimmen den Vertrag vom 10. Sept. 1919 zu Gunsten der nationalen und religiösen Minoritäten in den mitteleuropäischen Staaten und in Rumänien ratifiziert. In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass das in Mitteleuropa errichtete Gebäude der Solidität ermangle und dass nur ein richtiger Völkerbund dem abhelfen könne. Der Abg. Moutet ist ganz speziell zu Gunsten der ungarischen Juden eingetreten, von denen eine grosse Zahl massakriert, andere vertrieben wurden.

Die Flüchtlingsfrage in der Tschecho-Slovakei.

Wie der Pariser J.-Korrespondent der „J.P.Z.“ berichtet, hat das Komitee der Jüd. Delegationen bei der tschecho-slovakischen Gesandtschaft in Paris interveniert, um für die letzten aus der Tschecho-Slovakei ausgewiesenen jüd. Flüchtlingsfamilien in Brünn die Erlaubnis für ihren weiteren Aufenthalt zu erwirken. Das K. d. J. D. wurde von der Gesandtschaft verständigt, dass die Prager Regierung trotz ihrer Entscheidung, die Frage der Kriegsflüchtlinge endgültig zu liquidieren, beschlossen hat, das Aufenthaltsrecht allen jenen Flüchtlingen zu gewähren, deren Aufenthalt in der tschecho-slovakischen Republik keine Gefahr für die Sicherheit des Staates darstellt.

— Paris. - J. - Hier fand vorige Woche ein russisch-nationaler Kongress der rechten Kreise und der rechten Kadetten statt, auf dem Dr. Pasmanik das Wort ergriff, um gegen die Pogrome zu sprechen. Während er die Greuel in der Ukraine schilderte, wurde er von der Versammlung mit höhnischen Zurufen und Schmähungen beständig unterbrochen. Pasmanik dankte dem russischen Redner Nabokoff, dass auch er die Pogrome verurteilt habe. Am nächsten Tage griff Winawer in der „Poslednija Nowosti“ Pasmanik für seine Knechtseligkeit heftig an.

Belgien.

— Der „J.P.Z.“ wird von der ICA in Paris mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die grosse Bedeutung der Emigrationsbewegung in Osteuropa und den grossen Zustrom von Emigranten in Polen, Rumänien und den hauptsächlichsten Häfen des Kontinents, hat die ICA die hauptsächlichsten jüd. Emigrations- und Transmigrations-Komitees Europas auf einer Konferenz vereinigt, um das Problem einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und Mittel und Wege zur Regulierung und Kontrolle dieser Emigration ausfindig zu machen. Die Konferenz wurde für den 7. und 8. Juni nach Brüssel einberufen und hat zu einem interessanten Meinungsaustausch unter den Delegierten Gelegenheit gegeben. Es wurde beschlossen, die Tätigkeit der verschiedenen Komitees und Organisationen unter der Leitung der ICA zu koordinieren. Unter anderen Beschlüssen wurde die Notwendigkeit anerkannt, an den einzelnen Abreise-, Einschiffungs- und Ankunfts-Stationen, sowie an verschiedenen Zwischen-Stationen eine wirksame sanitäre Kontrolle einzusetzen. Es wurde einstimmig anerkannt, dass die hauptsächlichste Aufgabe der Komitees darin besteht, sich mit dringenden Fällen zu befassen und dass keine Massregel ergriffen werden soll, die geeignet wäre, eine unnütze Emigration hervorzurufen.

England.

— Der bekannte Zionistengegner, Lord Sydenham, stellte im Oberhause eine längere Anfrage wegen der Vorfälle in Palästina und des Verhaltens der Truppen und verlangte die Veröffentlichung des Berichtes der eingesetzten Untersuchungskommission. Der Lordkanzler verwies darauf, dass die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei, aber er könne auch nicht versprechen, dass der Bericht späterhin mit Sicherheit zur Veröffentlichung gelangen werde, da dies möglicherweise nicht als nützlich befunden werden könnte. Er versprach zum Schluss, die von Lord Sydenham vorgebrachten Ansichten Churchill zur Kenntnis zu bringen.

— Am 10. Juni ist in London plötzlich einem Herzschlage der bekannte Agudaführer, Rabb. Dr. Meier Zwi Jung, erlegen. Jung, der Rabbiner der von Lord Swaythling präsidierten Synagogen-Föderation war, war s. Zt. durch die Gründung orthodoxer jüd. Mittelschulen in Ungarisch-Brod und Storozynetz bekannt und war der erste Begründer und dauernde Präsident der englischen Aguda-Organisation, wie auch Mitglied des Zentralrates. Die Aguda verliert in Rabb. Jung eines ihrer tätigsten führenden Mitglieder.

— Unter den Auspizien des Mizrachi und unter Vorsitz von Herbert Bentwich wurde am 8. Juni im East End von London ein Massen-Meeting abgehalten, dem u. a. auch Ormsby Gore, Mitglied des Parlaments, beiwohnte. In seiner Rede bemerkte Ormsby Gore, er sei überzeugt, dass die Ereignisse in Jaffa nicht nur anti-jüdische, sondern auch anti-britische Angriffe darstellen und dass die unfreundlichen Gefühle der Araber von anti-britischen Propagandastellen in Konstantinopel und Aegypten genährt würden. Indem er über die Gründe sprach, die zur Balfour-Deklaration geführt haben, bemerkte Ormsby Gore wörtlich: Die Juden müssen dessen eingedenk sein, dass wenn der Engländer geglaubt hätte, dass der neue jüdische Staat ein atheistischer sein würde, man sich nicht um ihn sorgen würde. Sie müssen unbesorgt die höheren religiösen Tendenzen ihrer Bewegung betonen und wenn Sie an den Durchschnitts-Engländer zu appellieren wünschen, sprechen Sie ihm von der jüdischen Kultur. Er begünstigt den Zionismus, weil Sie das Volk der Bibel sind und das englische Volk ist ein Volk, das die Bibel liebt. Wir erwarten, dass sie den Geist ihrer Propheten und Psalmisten wieder in sich selbst entfachen werden. Wenn Palästina nur eine Zufluchtsstätte für bedrückte Juden werden sollte, dann lohnt es sich nicht, dass Sie es besitzen.

— Lucien Wolf, der als Sekretär und Spezialdelegierter des „Joint Foreign Committee“ bei der ersten Völkerbundsversammlung in Genf eine rührige Intervention und einen regen Briefwechsel mit den Sekretariaten und den einzelnen Mitgliedern der Völkerbundsversammlung führte, hat eine übersichtliche Zusammenstellung der einzelnen Dokumente und Briefe herausgegeben, die ein klares Bild über die Intervention des „Joint Foreign Committee“ gibt.

Amerika.

Washington, 10. Juni. (Havas.) Aus einer Mitteilung des Amtsblattes geht hervor, dass der Arbeitssekretär ausnahmsweise eine Einwanderung über die durch das Gesetz festgelegte Zahl hinaus zulassen kann und dass von dieser Möglichkeit für den Monat Juni Gebrauch gemacht werden wird. Doch wird der für Juni zugelassene Ueberschuss von der gesetzlich zulässigen Zahl der Einwanderer im Monat Juli abgezogen werden.

— Ein Sechser Komitee wurde eingesetzt, das über alle mit der neuen Emigrationsbill zusammenhängenden Einwanderungsfragen zu entscheiden haben wird. In dieses Komitee entsandten Staatssekretär Hughes, Handelssekretär Hoover und Sekretär für öffentliche Arbeiten Davis je 2 Vertreter. Dieses Komitee hat alle Pläne auszuarbeiten und alle Entscheidungen zu treffen bez. der Durchführung des neuen Gesetzes. Die Vertreter des Staatsdepartements haben die Grenzen der neuen und alten Länder zu bestimmen, damit feststeht, zu welchem Lande die einzelnen Immigranten zuzuzählen sind. Die Vertreter des Handelsdepartements werden die Zahl der Ausländer vom Jahre 1910 und ihre Verteilung auf die einzelnen Länder festsetzen, um die für die einzelnen Länder in Betracht kommenden Zahlen festzulegen. Die Vertreter des Arbeitsdepartements werden sich hauptsächlich mit der Durchlassung der Immigranten und Rechnungführung über die ins Land gelangten Einwanderer befassen.

— Wie verlautet, beabsichtigen die Immigrationsgegner, mit den durch die Einwanderungsbill geschaffenen Beschränkungen noch nicht zufrieden, weitere Erschwerungen für die bereits ins Land gelangten Einwanderer. Das Immigrationskomitee des Repräsentantenhauses, an dessen Spitze der bekannte Einwanderungsgegner Johnson steht, soll bereits fleissig am Werk sein, diese weiteren Erschwerungen vorzubereiten. So soll jeder ins Land gelangte Einwanderer gezwungen sein, sich wenigstens einmal jährlich bei der Polizei zu registrieren, da die Interessen des Landes es angeblich erfordern würden, dass die Immigranten eine gewisse Zeit unter Aufsicht verbleiben, bis man sich überzeugt habe, dass sie für das Land nicht schädlich seien. Dieses Registrierungssystem soll der Regierung die Möglichkeit geben, alle Einwanderer, die sie jetzt nicht genügend beobachten könne, im Auge behalten zu können. Als weiterer Nutzen dieses Registrierungssystems wird angeführt, dass die Einwanderer sich dadurch rascher amerikanisieren werden. Das Komitee plant auch eine Aenderung der Naturalisierungs-Gesetze; so sollen Immigrantinnen keineswegs infolge Heirat automatisch das amerikanische Bürgerrecht erwerben.

— Präsident Harding hat Albert D. Lasker aus Chicago zum Chairman der Shipping Board, d. h. zum Minister für Schiffsverkehr ernannt. Lasker ist der erste von Harding ernannte jüdische Minister.

Mesopotamien.

— Der High Commissioner von Mesopotamien hat den zion. Ortsgruppen die Erlaubnis erteilt, eine zion. Organisation in Mesopotamien zu gründen. Im Schreiben wird den Ortsgruppen angeraten, einen Zweig der Londoner Hauptorganisation zu bilden. Gleich nach Eintreffen der Erlaubnis wurde eine allgemeine Versammlung der Organisation einberufen und ein aus 11 Mitgliedern bestehendes Komitee gewählt. Zur Leitung der Keren Hajessodarbeit wurde ein besonderes Komitee gewählt und beschlossen, eine spezielle Sammlung zur Gründung einer mesopotamischen Kolonie in Palästina zu veranstalten. An die über 100,000 Seelen zählende jüd. Bevölkerung Mesopotamiens wurde ein Aufruf erlassen, sich zu organisieren und den Schekel einzuzahlen, damit die Stimme aller mesopotamischen Juden am Kongress gehört werde.

Erez Israel — Palästina.

— Am 31. Mai begann die Verhandlung gegen den Schutzmann Nr. 500, der des Mordes im Immigrantenheim beschuldigt wird. Er wird von dem engl. Rechtsanwalt Richardson und einem arabischen Advokaten verteidigt. Der Hauptzeuge, Weinberg, der Leiter des Chaluzimhauses erklärt als Zeuge, dass der betreffende Schutzmann auf ihn geschossen und auch Oberfeld getötet habe. Er könne ihn bestimmt erkennen, auch habe er im Gegensatz zu den anderen an den Unruhen teilnehmenden Polizisten seine Erkennungsnummer nicht abgenommen. Mit Rücksicht auf die Aussagen dieses Zeugen, dass Schutzleute in das Chaluzimheim eingedrungen sind und an den Misshandlungen teilgenommen haben, glaubt man, dass die Gerichtsverhandlungen gegen eine Woche dauern wird.

— Der Organisator des arabischen Kongresses in Haifa, Scheich Suleiman Efendi Alfernky und sein Bruder Schukri Efendi Alfernky wurden im Zusammenhang mit dem Angriff auf Rechoboth vor den Gouverneur von Jaffa gebracht und einige Zeit in Gewahrsam gehalten. Gegen eine Kaution von 2000 äg. Pf. wurden sie freigelassen. Die Kaution soll konfisziert werden, wenn es zu Unruhen kommen sollte. Beide Scheichs erhielten den Befehl, in Jaffa zu bleiben.

— Laut „Marat-al-Scharak“ hat die Regierung dem Kreise Tul-Kerem eine Kontribution von 25,000 Pf. für den Ueberfall auf Chedera auferlegt. Die Bewohner Tel-Kerems weigern sich, diese Summe zu bezahlen und überreichten dem Zivilsekretär einen Protest.

— Der Haifaer „Karmel“ veröffentlicht den Protest, der dem französischen Ministerium und Senate von den Bewohnern Tul Kerems überreicht worden ist. Es heisst u. a. darin: Die auf diesem Protest Unterfertigten zollen zwar der Person des Oberkommissärs und seinem Amte volle Anerkennung, verlangen jedoch dessen Ersetzung, da er Angehöriger der jüd. Religion ist. Desgleichen wird die Remplazierung des Justizsekretärs, Bentwich, verlangt, der führender Zionist ist. Am Schlusse des Protestes werden folgende Forderungen erhoben: Annullierung der Balfour-Deklaration und Verbot der zion. Immigration; Ausweisung der Neueingewanderten, die den Bolschewismus ins Land bringen. Ersetzung aller zion. Verwalter durch andere; Fortnahme der Waffen bei allen Juden, so wie dies bei den Arabern geschah, die anlässlich der Besetzung ihre Waffen an die britischen Truppen ausfolgten. Auch der muselmanische Verband Haifas sandte ein Protesttelegramm gegen die Balfour-Deklaration an Lloyd George, das englische Ober- und Unterhaus wie auch an die „Times“ und „Morning Post“.

— Eine besondere Polizeiabteilung wurde von den Verwaltungen von Petach-Tikwah, Ein Ganim, Kfar-Saba und Ein Chaj geschaffen, deren sämtliche Mitglieder, 20 an der Zahl, sich aus den Einwohnern der Kolonie rekrutieren.

— Die Regierung hat die Statuten der neuen Arbeiterbank genehmigt.

— Die Kreisverwaltung von Galiläa, die bisher in Nazareth war, soll demnächst nach Tiberias verlegt werden. Die Regierung beabsichtigt, ein neues Regierungsgebäude zu errichten und hat zu diesem Zweck die jüd. Gartenstadt-Gesellschaft, die im Norden der Stadt ein grosses Terrain besitzt, um die Ueberlassung von 20 Dunam gebeten.

Eine grosse Schokoladenfabrik in Jaffa.

Reiche Juden aus Riga sind an die Errichtung einer Fabrik für Schokolade, Bonbons und kandierte Früchte herangetreten. Den entsprechenden Bauplatz haben sie an einem zentralen Punkte, nicht weit von Tel-Awiw, von der Gesellschaft „Geulah“ erworben; es wurde bereits mit der Vorbereitung der Inangriffnahme der Baulichkeiten begonnen. Die entsprechenden Maschinen sind schon unterwegs. Laut „Haaretz“ sollen gegen 1000 (? „J.P.Z.“) Arbeiter in dieser Fabrik Beschäftigung finden.

— Zwecks Lösung der brennenden Frage des Häuserbaues für die Obdachlosen in Jaffa, fand am 29. Mai im jüd. Gymnasium in Tel-Awiw eine öffentliche Versammlung des Verbandes für Häuserbau für die Obdachlosen statt, an der gegen 600 Personen teilnahmen. Uber die Tätigkeit des erwähnten Verbandes referierte Dr. Bograschow. In einem Schreiben sicherte Dr. Ruppin seine Hilfe bei der Zurverfügungstellung des Bodens durch den Nationalfonds, wie auch bei Erlangung des Hypothekarkredites von seiten der

Regierung oder der Zion. Org. zu, ohne mit Sicherheit einen Erfolg seiner Bemühungen zusagen zu können. Nachdem das Komitee eine entsprechende Anzahl von zahlenden Mitgliedern geworben hatte, wandte es sich an die Gesellschaften „Habone" und „Kedem", die sich bereit erklärten, gemeinsam 400 aus je zwei Zimmern und Küche bestehende Häuser für je 200 Pfund zu erbauen unter der Bedingung, dass bis zur Vollendung der Bauten 25 Prozent der Bausumme einbezahlt werden und der Rest im Laufe eines Jahres. Nachdem noch an zahlreichen andern Stellen Erkundigungen und Kostenvoranschläge eingeholt worden waren, wandte sich Dr. Ruppin auf Grund einer Eingabe des Komitees an die verschiedenen in Betracht kommenden Stellen, so Keren Hajessod, Nationalfonds, Jahreskonvention der amerikanischen Zionisten in Cleveland und Ussischkin mit der Forderung um Ermöglichung der Durchführung dieses Wohnungsbaues, der eines der allerwichtigsten momentanen Bedürfnisse im Lande darstellt. Die ganze Angelegenheit hat grosse Eile, damit 500 Häuser noch bis zur Regenzeit fertig gestellt werden können. Dr. Ruppin, der sich zur Sitzung des A. C. nach Prag begeben hat, hofft dort die notwendigen Kredite für den Beginn des Häuserbaues zu erwirken.

— Auf der Versammlung der palästinensischen Nationalfondskommission vom 25. Mai wurden folgende Beschlüsse gefasst: Die pal. Kommission des J.N.F., die mit den lokalen Bedingungen vertraut ist, beglückwünscht das Nationalfondskomitee zum Ankauf des grossen Bodenareals in Palästina. Die Kommission ist im Prinzip nicht gegen den Erwerb städtischen Bodens, sie ist jedoch der Meinung, dass der J.N.F. in erster Reihe ländlichen Boden erwerben müsse. Die Versammlung ist der Meinung, dass kein einziger Jude in Palästina dieser Art des Bodenankaufes sich widersetze. Dem Nationalfondskomitee wird sodann für seine Ausdauer trotz der ihm in den Weg gelegten Schwierigkeiten der Dank ausgedrückt. Die demnächst stattfindende Generalversammlung des J.N.F. soll einige Aenderungen in der Jurisdiktion des Governors vornehmen. Es sollen zumindest 2 Gouverneure durch den Zionistenkongress gewählt werden, deren einer der Präsident der zion. Weltorganisation sein soll. Die Versammlung billigt den Beschluss, die Zentrale des J.N.F. vom Haag nach Palästina zu verlegen.

— Mehrere mohamedanische und christliche Scheichs, die die Boykottbewegung gegen die jüd. Bevölkerung geleitet haben, wurden verhaftet und nach Jerusalem verbracht, wo sie gegen Erlag einer Kaution bis zur Durchführung des Gerichtsverfahrens auf freien Fuss versetzt wurden.

— Laut dem „Kuntres" sind auf einem Schiffe nach Jaffa 4 Juden und 2 Polen gelangt. Während man den Juden die Landung verweigerte, wurde diese den Polen gestattet, die jedoch grossen Widrigkeiten von seiten der ausbootenden Araber ausgesetzt waren, die sie für Juden hielten. Sie mussten geradezu eine Prüfung zuerst bei einem Arzte und sodann bei einem Geistlichen bestehen, um zu beweisen, dass sie keine Juden sind. Die beiden Polen haben über ihre Drangsalierungen einen schriftlichen Bericht dem Waad Hazirim überreicht.

— Am 31. Mai sind aus dem fernen Osten von der sibirischen Kwuzah 15 Mann eingetroffen, während für den 1. Juni weitere 33 erwartet wurden. — Auf der „Dalmazia" befanden sich ausser dem einen Juden, dem man als Touristen die Landung gestattete, noch weitere Juden; man erlaubte jedoch nicht den Vertretern des Waad Hazirim das Schiff zu betreten.

— Die jüd. Kaufleute Haifas sind aus der gemeinsamen Handelskammer ausgetreten, da diese trotz Aufforderung des Kreisverwalters die Gleichberechtigung der hebräischen Sprache nicht anerkennen wollte und haben auf Grund einer Erlaubnis des Oberkommissärs die Gründung einer besonderen jüd. Handelskammer beschlossen.

— Wie bereits in Nr. 131 berichtet, ist der bekannte Budapester Kinderarzt und ehemalige Primarius der Ofener Poliklinik, Dr. David Barsi, jetzt auf dem Gebiete des Mutterschutzes und der Kinderfürsorge in Jerusalem tätig. Seinen hingebungsvollen Bemühungen ist es nun lt. „Doar Hajom" gelungen, am 18. Mai die erste Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle Palästinas in Jerusalem zu eröffnen. Diese segensreiche Institution wurde unter der Aegide der Pekidim und Amarkalim und unter Mitwirkung von Damen des Jerusalemer Vereines „Eser Joldoth" ins Leben gerufen und steht unter ärztlicher Leitung Dr. Barsis. Aushilfe in Naturalien (Kinderwäsche, Kindernährmittel etc.) wurde vom Frankfurter Verein „Lemaan Zion" zugesagt. Diese Institution bildet einen weiteren Schritt zum Ausbau einer modernen wissenschaftlichen Sozialhygiene in Palästina und wird von den Müttern aller Bevölkerungsschichten freudigst begrüsst.

— Dem vom Erziehungsdepartement des Waad Hazirim herausgegebenen und von Dr. Duschkin verfassten Rechenschaftsbericht über das dem Waad Hazirim unterstellte Schulwesen während der Jahre 5678/81 entnimmt die „J.P.Z.": In den Jahren 80 und 81 sind zu den früher vorhandenen 10573 Schülern weitere 2658 Schüler hinzugekommen. Die Zahl der Schulinstitutionen hat sich von 94 auf 135 erhöht, inklusive der 26, die bereits früher bestanden und erst im letzten Jahre dem Waad Hachinuch unterstellt worden sind. Die Zunahme der Schüler ist ausser der natürlichen Entwicklung besonders der Eröffnung der neuen Kindergärten und der Uebernahme des ICA Schulwerkes mit 1226 Schülern zu verdanken. Die Zahl der Mittelschulen musste infolge der Knappheit der Geldmittel verringert werden; das Knaben- und Mädchengymnasium in Jerusalem wurde vereinigt, ebenso die Jeschibath Hamischtalmim in Jerusalem mit dem Lehrerseminar in Petach Tikwah und dem Lehrerseminar „Misrachi", weshalb sich auch die Zahl der Schüler in diesen Anstalten verringerte, sodass, wenn man von den ICA Schulen absieht, die Zunnahme der Schüler im Jahre 81 nur 3,4 Prozent ausmacht. In den dem Waad Hachinuch unterstellten Anstalten unterrichteten im Jahre 79 448 Lehrer und Kindergärtnerinnen, im Jahre 80 484 und im Jahre 81 506.

— Auf Ansuchen der Kolonie Menhamie, früher Melhamie, hat die Regierung den Bau einer Brücke über den Jordan bewilligt.

— Der Vizepräsident des Jerusalemer Waad Hair, Mejuches, wurde zum Mitglied der britischen Regierung [Member of the British Empire] ernannt und zur Teilnahme an dem am 3. Juni anlässlich des Geburtstages des Königs beim Oberkommissär stattfindenden Empfang eingeladen, wo ihm der Oberkommissär eigenhändig die Urkunde überreichen will. Dieselbe Auszeichnung erhielt voriges Jahr der Präsident des Waad Hair, David Jellin.

— Am 29. Mai starb in Jerusalem im Alter von 80 Jahren Rabbiner Abraham Dow Hakohen.

— Das Erscheinen des vom Waad Hazirim herausgegebenen hebräischen Bulletins wurde für eine Zeitlang eingestellt; vorderhand kommt nur das englische Bulletin heraus.



Amerikanische Schreibmaschinen

neue & garantierte Occasions verkauft, tauscht und vermietet vorteilhaft das Spezialgeschäft

THEO MUGGLI,

Bahnhofstr. 93 (Bahnhofplatz)

ZÜRICH

SOFORTige Ausbezahlung der Treffer bis zu

Fr. 20,000.-

u. unbedingt ein Treffer, bietet Ihnen die große Lotterie des

Naturheilvereins Zürich

bei Ankauf einer Serie und zudem das Anteilrecht an der dritten Ziehung mit Treffer bis zu

Fr. 50,000.-

Weitere Treffer Fr. 10.000, 5.000, 1000, 500, 200, 100, 50, etc

gesamthaft Fr. **500,000.—**

Serien à 5 Couverts à 10 Stück = Fr. 10.—.
Lose in Couverts à 2 Stück = Fr. 2.—.
Die Inkassofrist sämtlicher Trefferlose erlischt 6 Monate nach der 3. Ziehung.
Wiederverkäufer hohe Provision.

Handels- und Prämienobligationen-Bank A. G., Zürich
Löwenstrasse 67 (b. Bahnhofplatz) : Telephon Selnau 57.29

Bern

Rinners Wiener Cafe

Schauplatzgasse Ecke Gurtengasse



Vornehmes Familien-Cafe
Exquisite Getränke. Echte Wiener Küche. Holländische Likör-Stube.
6 Billards Gesellschaftszimmer

Pension כשר Genf
rue Ami-Lullin 3
Gute reinl. geführte Küche
Mässige Preise
Es empfiehlt sich
Mme. Rosenzweig-Bloch

Pianos Flügel

erstklassige Fabrikate

Miete-Stimmungen

Butsch-Vorsteher

Kreuzplatz
(Kreuzbühlstr. 44-46)
Zürich

Aux 10000 Chemises

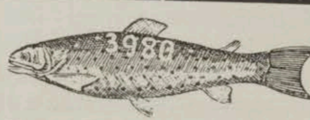
48, Rue Croix d'or - Genève



Nous sommes fabricants de Chemises et nous vendons sans intermédiaire, donc vous recevrez la meilleure qualite et les prix les plus bas.

Faites un essai.

Demandez notre catalogue, que nous vous enverrons par retour.



Barben, Alet, Brachsmen, Forellen, Blaufelchen, Hecht, Egli, Weissfische, Albeli, Karpfen, Aeschen, Cabliau, Colin, Sardinen, Thon, Räucherfische, Marinaden, Salzheringe in größter Auswahl biligst

Val. Liebtlen, Zürich 1
Niederdorfstr. 22, Tel. Hott. 3980
Post- und Bahnversand



Taverne du Crocodile

Genf
100, rue du Rhône
Bier - Restaurant
Lokal des Schachclubs

Soeben eingetroffen:
Allerneueste

Damenkleider-Stoffe

und

Resten

von 1 bis 10 Meter

zu auffallend billigsten Preisen

Fr. Sigg, Rämistr. 31

ELCHINA

das hochwirksame
Nervennährmittel
übertrifft alle
Erwartungen.

Orgfl. Fr. 3.75, Doppelfl. Fr. 6.25 in den Apotheken.
Hauptdepot: **Urania-Apotheke Zürich, Uraniastr. 11**
Hecht-Apotheke St. Gallen, Marktg. 11

Expreßbeförderung u. Reinigungs-Institut

Rote Radler

Inhaber: F. Michel, **St. Gallen**
Davidstraße 8
Telephon 2560

Inserieren bringt Erfolg

MÖBEL-WERSTÄTTEN
INNENDEKORATION

August Gysi, Bern

THEATERPLATZ 6

Spezialhaus für gediegene Wohnungs-Ausstattungen.
Verlangen Sie Muster u. Vorschläge. TELEPHON 32.61

Bahnhof Restaurant

Grill Room

Zürich - Hauptbahnhof

INHABER: FRANZ MELI-FIGI

Empfehlenswerte Firmen in St. Gallen